



BORIS PALMER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Wahlkreis Tübingen, Fraktion GRÜNE

Boris Palmer MdL, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

70173 STUTTGART
Konrad-Adenauer-Str. 12
Telefon (0711) 20 63-691
Telefax (0711) 20 63-660
boris.palmer@gruene.de
www.boris-palmer.de

72074 TÜBINGEN
Stäudach 92
Telefon (0 70 71) 88 80 86

Tübingen, den 16. März 2006

Muslimtest findet im Kreis Tübingen nicht statt

Palmer: Unterschriftenprotest mittelbar erfolgreich

Die Grünen im Kreis hatten im Januar über 500 Unterschriften gegen die Anwendung des Einbürgerungsleitfadens im Landkreis Tübingen gesammelt. Gemeinsam mit den Protesten mehrerer anderer Organisationen wandten sich mehrere tausend Menschen aus dem Kreis Tübingen gegen den Muslimtest und die Anwendung im Kreis Tübingen. Grünen-Abgeordneter Boris Palmer übermittelte die gesammelten Unterschriften mit einem ausführlichen Schreiben an Landrat Walter. Darin enthalten waren auch zahlreiche Fragen, auf die der Landrat umfassend Auskunft gab. Überraschendes Ergebnis: Bislang wird der Muslimtest im Landkreis Tübingen in der Praxis nicht angewendet.

Bis zum Stand des Schreibens des Landrats, dem 21. Februar 2006, wurde der Leitfaden „noch in keinem Fall angewandt, obwohl allein im Monat Januar mehr als 20 Einbürgerungen erfolgten.“

Palmer freut sich über diese Auskunft: „Offensichtlich wird auf dem Landratsamt verantwortungsvoller mit dem Leitfaden umgegangen als in der Landesregierung. Die Mitarbeiter hatten in diesem Jahr in keinem einzigen Fall Zweifel an der Verfassungstreue eines Bewerbers. Der Europaminister hatte ja immerhin behauptet, jeder fünfte Muslim im Land sei ein Verfassungsfeind und solle das Land verlassen. Auf dem Landratsamt schätzt man die Lage richtig ein: Wer einen deutschen Pass beantragt, hat in nahezu 100% der Fälle eine erfolgreiche Integrationsgeschichte vorzuweisen und keinen Islamismus im Hinterkopf.“

Erfreulich ist für Palmer auch, dass der Landrat sich indirekt von der Gesinnungsschnüffelei distanziert, die zum Beispiel in den Fragen nach der Einstellung zur Homosexualität zum Ausdruck kommt. Walter schreibt, dass man sich in diesen Fragen „besondere Zurückhaltung“ auferlegt habe. Palmer: „Der Staat muss garantieren, dass niemand wegen seines Glaubens oder seiner sexuellen Neigung diskriminiert wird. Ob man sich freut, oder innerlich erschrickt, wenn das eigene Kind Homosexualität eröffnet, geht den Staat hingegen überhaupt nichts an.“

Landrat Walter räumt in bemerkenswerter Offenheit ein, dass der Leitfaden in Tübingen bislang nichts gebracht hat: „Nachdem bisher der Leitfaden nicht angewandt wurde konnte deswegen auch keine Ablehnung erfolgen.“

Für Palmer steht damit fest: „Der Leitfaden ist ein völlig missratenes Wahlkampfpapier auf Kosten von Migranten. Es wird zu nichts gebraucht, hat aber die in Deutschland lebenden Muslime tief verletzt und verunsichert. Es wird viel Zeit brauchen, dieses zerstörte Kapital wieder aufzubauen. Erfreulich ist, dass wir allen, Einbürgerungsinteressenten im Kreis Tübingen sagen können: Ihr braucht keine Angst zu haben, die entwürdigende Schnüffelprozedur des Fragebogens bleibt euch erspart. Dafür danke ich dem Landrat und den Mitarbeitern des Landratsamts herzlich.“